

## A) Begriffserklärungen

Behördliche Entscheidungsspielräume auf der Tatbestandsseite	Behördliche Entscheidungsspielräume auf der Rechtsfolgendeite
<p><b>Grundsatz:</b> Richtige Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe ist vollständig gerichtlich überprüfbar (<u>Art. 19 Abs. 4 GG</u> – Ideal der einzig richtigen Entscheidung).</p> <p><b>Aber:</b> In seltenen Fällen Einräumung von <b>Beurteilungsspielräumen</b> durch den Gesetzgeber, deren Ausfüllung durch die Verwaltung von den Gerichten nicht umfassend kontrolliert wird.</p>	<p><b>Grundsatz :</b> Strikt gebundene Verwaltung als (konstruktive) Regel.</p> <p>Aber: Sehr oft räumt der Gesetzgeber der Verwaltung bei Vorliegen gesetzlicher Tatbestandsvoraussetzungen die Befugnis ein, nach <b>Ermessen</b> zu handeln.</p> <p>Dann sind die Vorgaben des <u>§ 40 VwVfG</u> für die Ermessensausübung zu beachten und die gerichtliche Kontrolle ist nach <u>§ 114 VwGO</u> auf die <b>Beachtung dieser Vorgaben begrenzt</b>.</p>